



Newsletter vom 25. 4. 2021

Inhalt

Auch in der Pädagogik führen viele Wege nach Rom	1
24.4.2021, Hanspeter Amstutz	1
Von der pädagogischen Ungewissheitsdynamik	3
Journal21, 18.4.2021, Carl Bossard	3
Klassenassistenzen sind keine Selbstläufer	5
Bildung Schweiz 4/2021	5
Alle Kinder sollen in der Schule essen	7
Tages-Anzeiger 15.4.2021, Ev Manz und Corsin Zander	7
Keine gekürzte Mittagspause an Zürcher Schulen	9
Petition an den Zürcher Gemeinde- und Stadtrat, Stéphanie und Enrico von Walterskirchen	9
Mehr Zeit und doch mehr Stress	10
Tages-Anzeiger 14.4.2021, Zürich, Anielle Peterhans (Text) und Sabina Bobst (Fotos)	10
Unsinnig frühe Selektion	12
Tages-Anzeiger, 20.4.2021, Debatte, Leserbriefe	12
So soll die Matura ab 2023 aussehen	12
NZZ 17.4.2021, Schweiz, Larissa Rhyn	12
Für einen Ausbau der höheren Berufsbildung	15
NZZ 16.4.2021, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Daniel Fleischmann	15
Der Kanton Zürich will Gymnasien entlasten	16
Tages-Anzeiger 20.4.2021, Zürich	16

Auch in der Pädagogik führen viele Wege nach Rom

24.4.2021, Hanspeter Amstutz

Der Lehrerberuf kennt eine Reihe von nur schwer kalkulierbaren Herausforderungen. Berufseinsteiger merken bald, dass Kinder und Jugendliche sich oft nicht so verhalten, wie man es gerne hätte. Für einige ist diese Erfahrung eher beängstigend, andere lieben das Unvorhergesehene und sind fasziniert, ihre ganze Improvisationskunst zum Erreichen der Bildungsziele einsetzen zu können.

In unserem Startbeitrag vergleicht Carl Bossard dieses tägliche Suchen nach dem geeigneten Weg im Unterricht mit einem Orientierungslauf. Das Ziel des nächsten Postens ist bekannt, doch die Routenwahl in anspruchsvollem Gelände bedeutet stets ein intensives Abwägen der Möglichkeiten. Beim OL wie im Unterricht muss man mit Hindernissen und Überraschungen rechnen. Dynamischer Klassenunterricht kann durchaus halbchaotische Phasen haben, ohne gleich aus dem Ruder zu laufen.

Für gefestigte Lehrpersonen bedeutet dieses häufige situative Entscheiden zugunsten des besten Wegs eine bereichernde Herausforderung. Der Dialog mit jungen Menschen während eines Lernprozesses bleibt ein Abenteuer. Doch genau darin liegt die Attraktion



dieses erfüllenden Berufs.

Verbindlich beim Auftrag, frei in der Wahl des Weges

Chaotisch würde es allerdings, wenn die Zielvorgaben im Unterricht verschwommen wären. Eine Lehrerin muss erfüllt sein vom Bildungsziel, das sie erreichen will. So wie die OL-Läuferin das Gelände bis zum nächsten Posten aus dem Kartenbild erfasst, muss die Lehrerin den zu vermittelnden Stoff gründlich kennen. Es kommt aber noch etwas Zweites dazu: Sie muss ebenso erkennen, welche psychologischen Voraussetzungen bei den Lernenden aktuell berücksichtigt werden müssen. Dieses auf zwei Koordinaten ausgerichtete Verstehen eines Lernprozesses lässt Pädagogik nie zur Routine werden.

Carl Bossards Beitrag ist ein fundiertes Plädoyer für die Methodenfreiheit. Detailversessene Anweisungen, wie sie teilweise im neuen Lehrplan zu finden sind, helfen in der Unterrichtspraxis wenig. Lehrpersonen benötigen volle Freiheit im methodischen Bereich und nicht einengende Vorgaben. Ein klar definierter Auftrag bleibt dabei verbindlich, aber klein-kariertes Abhaken von Kompetenzschritten ist keinesfalls der Weg, um ein Unterrichtsklima für erfolgreiches Lernen zu schaffen.

Lehrerinnen und Lehrer sind keine Ausführenden von Programmen

Je weiter weg Bildungsplaner von der Schulrealität sind, desto eher glauben sie an exakt messbare Abläufe im Bildungsprozess. Dabei blenden sie gerne aus, dass ein grosser Teil des Bildungsgeschehens sich einfachen Messmethoden entzieht. Kompetente Pädagoginnen und Pädagogen wehren sich zu Recht, nur Ausführende von Lernprogrammen zu sein. Doch wie ernsthafte Konflikte in manchen Schulen zeigen, sind methodische Freiheiten trotz gegenteiliger Beteuerungen längst nicht mehr selbstverständlich. Für junge Lehrpersonen ist es besonders schwierig, sich vom aktuellen Planungswahn nicht erdrücken zu lassen. Stattdessen würde man ihnen besser zurufen: «Habt nicht Angst, mutig zu sein und konzentriert euch auf wesentliche Bildungsziele!»

Rolle der Klassenassistenten gibt zu reden

Höchst interessante Fragen kommen auch in einer Studie der PH St. Gallen über die Klassenassistenten zur Sprache. Die Autorinnen haben sich differenziert mit deren Rolle auseinandergesetzt und ihre Wirkung auf das Unterrichtsgeschehen untersucht. Die Studie hält fest, dass Assistenzen in vielen Fällen den Lehrpersonen eine Entlastung bringen. Geeignete Assistenzen können auch ohne Lehrberechtigung langsam Lernenden wirkungsvolle Unterstützung bieten, sofern es sich nicht um komplexe Aufgaben handelt. Heikel wird es jedoch in Bereichen, wo es um Verhaltensauffälligkeiten von Schülern geht oder pädagogisches Fachwissen erforderlich ist. Die Autorinnen sehen deshalb klare Grenzen für den Einsatz von Klassenassistenten und warnen vor zu hohen Erwartungen an diese neue Form der Unterstützung für Klassenlehrpersonen.

Unterstützung einer Petition betreffend Stadtzürcher Tagesschulen

Ohne ein Thema mit politischer Brisanz geht es auch diesmal nicht. Verantwortlich dafür ist der Zürcher Stadtrat, der bei den freiwilligen Tagesschulen für unnötige Spannungen sorgt. Mit den geplanten kurzen Mittagszeiten nehmen die Verantwortlichen in Kauf, dass für einen Teil der Kinder das Mittagessen im Familienkreis zur einer hektischen Angelegenheit wird. Zu Recht monieren Eltern, dass sie dem Tagesschulmodell wohl nicht zugestimmt hätten, wenn sie rechtzeitig von diesem massiven Eingriff in die Privatsphäre einer Minderheit gewusst hätten. Wir schliessen uns dem Protest betroffener Eltern einhellig an und laden Sie ein, die diesem Newsletter beigefügte Petition zu unterstützen.

Berufswahlanliegen und Reform der Matur

Wenig Fingerspitzengefühl zeigen zurzeit auch Lehrfirmen, welche eine immer frühere Selektion bei der Auswahl von Jugendlichen für anspruchsvolle Berufslehren vornehmen.



Neu werden Lehrstellen bereits ab 1. April für Jugendliche der zweiten Oberstufe im offiziellen Lehrstellenverzeichnis ausgeschrieben. Das ist nicht etwa ein Aprilscherz, sondern bittere Tatsache. Lehrerverbände und Berufsberater kritisieren diese unsinnige Entwicklung scharf. Sie weisen darauf hin, dass die allermeisten Jugendlichen mit 14 Jahren noch mitten im Berufswahlprozess stehen und überhastete Entscheide fatale Folgen haben können.

Möchten Sie zum Schluss noch einen Blick in die etwas entferntere Bildungszukunft werfen? Dann werden Sie im Beitrag über die Reform der gymnasialen Matur vermutlich zur Erkenntnis gelangen, dass eine lange Diskussion um einen verbindlichen Fächerkatalog und wohl auch um Maturaquoten bevorsteht. Freuen können wir uns hingegen, dass der Zürcher Bildungsrat beschlossen hat, das Angebot an nichtgymnasialen Mittelschulen auszubauen. Diese sind mit ihrem stärkeren Bezug zur Wirtschaft und zu den Pflegeberufen eine gute Alternative zum Gymnasium.

Wir wünschen Ihnen viel Spass und neue Erkenntnisse bei der Lektüre.

Redaktion Starke Volksschule Zürich

Von der pädagogischen Ungewissheitsdynamik

Journal21, 18.4.2021, Carl Bossard

Unterrichten ist ein komplexes Geschehen, Schule-Geben ein Handeln in kontingenten Situationen. Doch das bleibt in Ausbildung und (Schul-) Alltag ein blinder Fleck. Ein Erinnerungsversuch.

Wer wettkampfmässig einen Orientierungslauf bestreitet und sich bei der Routenwahl nicht einfach an sichern Waldwegen und Leitlinien orientiert, der weiss: Trotz Karte und Kompass zählt zum OL das Ungewisse, gehört das Unverfügbare wie Dickicht und Tümpel, rechnet sich das Zufällige, denn die gewählte Laufstrecke könnte meist auch eine andere sein: Darin liegt das Kontingente dieses Sports, und darin verbirgt sich sein Faszinosum. Es ist die Spannung zwischen Machbarem und Unsicherem, zwischen der Offenheit der Aufgabe und der Ungewissheit des Geländes, zwischen dem getroffenen Routenentscheid und dem konkreten Weg – der OL als Metapher fürs nicht-lineare Unterrichtsgeschehen, fürs Wirken im offenen und komplexen Raum des pädagogischen Parterres.

Ungewissheit als Kennzeichen pädagogischen Handelns

Kontingenz, Ungewissheit und das Unverfügbare: Diese drei Eckwerte gehören darum konstitutiv zum Schulalltag; sie machen das Bermudadreieck des Unterrichts aus. Pädagogisches Handeln ist in hohem Grad von Ungewissheiten und Ambiguitäten geprägt. Jede erfahrene Lehrerin kennt die Aspekte des Unplanbaren, jeder praxiserprobte Lehrer weiss um die Unsicherheit der Lernprozesse und der Lernergebnisse. Ungewissheit gehört zu ihrer Tätigkeit wie das Amen in der Kirche.¹

Darum wohl diagnostiziert der Systemtheoretiker Niklas Luhmann: „Was der Lehrer lernen kann, ist demnach nicht als rezeptgenaues Handeln aufzufassen. (Er muss) mit einem bestimmten, unterrichtstypischen Verhältnis von Redundanz und Varietät zurechtkommen. (...) Unterrichtserfahrung heisst demnach auch“, so fährt er fort, „dass man durch bestimmte Überraschungen und negative Erfahrungen sich nicht aus der Fassung bringen

¹ Vgl. Andreas Gruschka (2018), Ungewissheit, der innere Feind für unterrichtliches Handeln, in: Ingrid Bähr et al. (Hrsg.), Irritation als Chance. Bildung fachdidaktisch denken, Heidelberg: Springer-Verlag GmbH, S. 163.



lässt.² Luhmann verweist damit auf die Grenzen der Steuerbarkeit und Kontrollierbarkeit einer jeden Unterrichtsarbeit.

Kaum etwas verläuft gradlinig und krisenlos

Die systematische Unsicherheit dieses pädagogischen Handelns zeigt sich in vielen Fragen: „Werde ich die Kinder vom Wert des Lernens und des ‚Get involved!‘ überzeugen können, und bauen sie ein nachhaltiges Interesse für das Thema auf? Kann ich mein ‚Programm‘ sinnvoll bearbeiten, und fällt mir zum richtigen Zeitpunkt der richtige Impuls ein? Was geschieht in den Köpfen der Jugendlichen? Werden sie die Aufgabe verstehen und bearbeiten können? Und wer von meinen Schülerinnen und Schülern kommt wann und wie ans Ziel? Wo bauen sie Widerstände auf, wo erfahren sie Irritationen?“ Das und manches mehr möchten Lehrerinnen und Lehrer wissen, doch ganz gewiss können sie nie sein.

Pädagoginnen und Ausbilder erleben diese Spannung immer dann, wenn sie Lektionen planen und durchführen. Warum? Sie sind konfrontiert mit der Komplexität von Lehr- und Lernprozessen, mit der Unvorhersehbarkeit von sozialen Dynamiken in der Klasse und dem unvermeidbaren Eingehen von Risiken im Lektionsgeschehen.³ Unterrichten ist ein stetes Suchen nach dem Möglichen und Notwendigen. Im Zufälligen und Unverfügbaren, in dem, was nicht geplant werden kann, liegt das Kontingente dieses anspruchsvollen Berufs. Zum Ausdruck kommt das im charakteristischen Satz: „Es könnte auch ganz anders möglich sein.“

Spannung darf nicht zum persönlichen Problem werden

Was auch anders möglich ist, eröffnet Handlungsoptionen und Gestaltungsspielräume, bietet Alternativen, generiert Perspektiven. Das ist einerseits bereichernd, das belebt und macht die kreative Vielfalt und Freiheit dieser Aufgabe aus. Andererseits kann diese Offenheit, dieses Unplanbare auch verunsichern, kann dieses kontingente „Es könnte auch anders sein“, dieses implizite „Auch-anders-handeln-Können“ irritieren und beunruhigen. Manche Lehrpersonen nehmen dieses Vieldeutige, diese Spannung zwischen Machbarkeit und Unsicherheit eher als Problem und Last wahr und weniger als beflügelndes Stimulans. Das zeigt die Forschung.

Viele Vorgaben wollen kontingente Situationen verhindern

Unterricht detailliert planen und alle Eventualitäten mitbedenken, das gehört zum erworbenen Grundhabitus von Lehrpersonen. So lernen sie es in der Grundausbildung und in Weiterbildungskursen. Sicher und gewiss möchten sie sein, vielleicht sogar „eindeutig“, möchten den Ablauf linear-zielorientiert steuern und kontrollieren. Es sollte nichts passieren, nichts danebengehen.

So suggerieren es auch Lehrpläne und Papiere aus den Bildungsstäben. Die engen Vorgaben wollen kontingente Situationen eliminieren und das Bildungsgeschehen kontrollieren. Sie setzen auf Sicherheit und damit auf einen beherrschbaren, stringent planbaren und rational lenkbaren Unterrichtsverlauf; im Grunde genommen laufen solche Direktiven immer auch auf Wenn-dann-Korrelationen hinaus – wie beispielsweise: Wenn die Kinder selbstorientiert ihre Aufgaben bearbeiten, dann sind sie intrinsisch motiviert.

Kontingenz ist allgegenwärtig

Doch der freie Geist geht immer wieder nebenhinaus; das Offene und Unvorhersehbare

² Niklas Luhmann (2002). Das Erziehungssystem der Gesellschaft. Herausgegeben von Dieter Lenzen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 45f.

³ Vgl. Klaus Schneider (2021), Der Berufseinstieg von Lehrpersonen. Übergang und erste Berufsjahre im Kontext lebenslanger Professionalisierung. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt, S. 21.



gehört zum Unterricht. Das Kreative braucht eben einen Schuss Chaos. Darum ist die Kontingenz in der Schule – wie auch im täglichen Leben – allgegenwärtig; sie lässt sich weder restlos beherrschen noch eliminieren. Im Gegenteil: In unplanbaren Situationen liegen manche überraschenden, wertvollen Aspekte des Unterrichts.

Zentrale Spannungsfelder lassen sich nicht auflösen

Jede OL-Läuferin, jeder OL-Wettkämpfer erlebt auf der Route zum nächsten Posten das Unsichere und Ungewisse. Das Kontingente läuft sozusagen mit. Es ist die stete Frage: Hätte ich nicht gegenteilig entscheiden und eine andere Strecke wählen sollen? Diese Ungewissheit ist kein Defizit; sie gehört zum Gelingen. Jeder OL-Crack nimmt sie als dynamisches Element seines Sports an.

Und genau gleich gewinnen erfahrene Lehrpersonen ein konstruktives Verhältnis zum Problem der Kontingenz und der Ungewissheit im Unterricht.⁴ Das Spannungsgefüge von Gewissheit und Möglichkeit, von prinzipiell Geplantem und konkret Machbarem lässt sich nicht auflösen; es lässt sich nur aushalten und gewinnbringend gestalten. Für Lehrerinnen und Lehrer bleibt dies eine zentrale Aufgabe ihres pädagogischen Handelns. Zugunsten der Kinder und Jugendlichen.

Klassenassistenzen sind keine Selbstläufer

Bildung Schweiz 4/2021

Welche Arbeiten übernehmen Klassenassistenzen? Wie arbeiten sie mit den Lehrpersonen zusammen? Die Pädagogische Hochschule St. Gallen (PHSG) hat dies in einer Studie untersucht.

Assistenzpersonen sind in den letzten Jahren in der Schweizer Regelschule zahlreicher geworden. Vor dem Hintergrund heterogener Klassen und der Integration von Kindern mit besonderem Bildungsbedarf unterstützen sie im Unterricht. Sie sind entweder für ein einzelnes Kind zuständig oder einer ganzen Klasse zugeteilt. Die Berufsverbände befürchten, dass Assistenzen Aufgaben der Lehrperson übernehmen und darunter die Bildungsqualität leidet.

Die vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützte Studie zur «Kooperativen Praxis von Assistenzpersonen und Lehrpersonen im Unterricht der Regelschule (KoPrAss)» der Pädagogischen Hochschule St. Gallen (PHSG) beleuchtet erstmals die Praxis in der Schweiz. Sie untersucht, wie Lehrpersonen und Assistenzen die Zusammenarbeit gestalten und welches die Aufgaben der Assistenzen sind. Das Forschungsteam filmte in 32 Klassen zwei Unterrichtsstunden, in denen die Klassenlehrperson und die Assistenz zusammenarbeiten. Um die beobachtete Praxis vertiefter zu verstehen, wurden die Lehrpersonen und die Assistenzen anschliessend je einzeln interviewt.

Entlastung für die Lehrperson

Generell wird der Einsatz der Assistenzen von den Beteiligten positiv eingeschätzt und von den Lehrpersonen als Entlastung wahrgenommen. Die Studie zeigt, dass Hauptverantwortung, Klassenführung, Unterrichtsplanung und der Klassenunterricht bei der Lehrperson verbleiben. Indessen übernehmen die Assistenzen unabhängig von ihrem Einsatzgrund in der Lernunterstützung einzelner Kinder sowie Gruppen eine ähnliche Rolle wie

⁴ Arno Combe (2015), Schulkultur und Professionstheorie. Kontingenz als Handlungsproblem des Unterrichts, in: Jeanette Böhme et al. (Hrsg.), Schulkultur. Theoriebildung im Diskurs. Heidelberg: Springer-Verlag GmbH, S. 118.



die Lehrperson. Einzelne Lernende unterstützen sie gar signifikant länger als die Lehrperson. Diese begleitet ihrerseits signifikant länger als die Assistenz einzelne Kinder in der Arbeitsorganisation. Nimmt man dazu das von den Lehrpersonen eingeschätzte Leistungsniveau der Kinder mit in den Blick, sieht man, dass die Assistenz signifikant länger diejenigen Kinder im Lernen begleitet, die von der Lehrperson als unterdurchschnittlich eingeschätzt werden. Die Lehrperson interagiert dagegen länger lernstoffbezogen mit Kindern mit hohem Leistungsniveau.

Risiko der Inselbildung

Zwischen den beiden Einsatzgründen «Assistenz für ein einzelnes Kind» und «Assistenz für die Klasse» zeigt sich ein Unterschied: Assistenzen, die für eine Klasse zuständig sind, kursieren oft von Kind zu Kind. Wie die Lehrperson beantworten sie Fragen der Kinder und helfen, Aufgaben zu lösen. Dazu eine Lehrperson: «Also die Assistenz hilft mir bei Kindern, die ein Problem haben, dass sie sich dort hinsetzt und ihnen hilft oder mal mit einer Kleingruppe arbeitet.» Assistenzen, die in einer altersgemischten Klasse tätig sind, übernehmen zeitweise auch eine der Klassen, wodurch die Lehrperson Raum bekommt, die andere zu unterrichten. Ist eine Assistenz für ein Kind mit besonderem Bildungsbedarf zuständig, begleitet sie das Kind oftmals eng. Die Lehrperson hat während der Stunden mit der Assistenz selten einen kurzen beziehungsweise gar keinen Kontakt mit diesem Kind bezüglich des Lernstoffs. In der Forschung wird dies als «Inselbildung» von Assistenz und Kind kritisch betrachtet. Kontakte zur Lehrperson und zu Peers werden dadurch stark reduziert. Manche Assistenzen übernehmen dabei eine grosse Verantwortung, wie dieses Zitat veranschaulicht: «Also meine Aufgabe ist einfach, dass ich mit dem Kind den Schulstoff durchbringe.» Neben diesen Unterschieden zwischen den Modellen zeigen sich auch Mischformen.

Lernunterstützung durch pädagogisch nicht Ausgebildete als Risiko

In beiden Modellen ist die Lernunterstützung durch die Assistenz zentral. Da es sich oft um pädagogisch nicht ausgebildetes Personal handelt, muss dies kritisch diskutiert werden. Unproblematischer ist dies, wenn ein Kind einen kurzen Hinweis braucht, damit es weiterarbeiten kann. Kritischer wird es, wenn Assistenzen das Lernen ungünstig begleiten, einem Kind beispielsweise das Resultat verraten, wie das folgende Zitat veranschaulicht: «Dann sage ich dem Kind, das kannst du schon, und dann rechne ich es ihm halt auch vor oder sage, was es gibt.» Insbesondere Kinder mit grösseren Lernschwierigkeiten sind auf eine professionelle Begleitung angewiesen, unter anderem auch durch eine sonderpädagogische Fachperson. Internationale Studien weisen darauf hin, dass pädagogisch nicht ausgebildete Assistenzen das Lernen teilweise ungünstig unterstützen und dass sich dies negativ auf den Lernerfolg auswirken kann.

Kaum Anleitung und Feedback von der Lehrperson

Die Studie untersucht auch, wie die Assistenzen über ihre Tätigkeiten im Unterricht informiert werden. Sie werden eher oberflächlich angeleitet. Manche erfahren vor der Lektion, was sie zu tun haben, andere schauen im Unterricht selber, was es zu tun gibt. Selten erhalten sie von der Lehrperson Informationen darüber, wie eine Aufgabe auszuführen ist. Die Assistenzen informieren sich zudem, indem sie die Lehrperson beobachten oder sich an den Arbeitsplänen der Lernenden orientieren, oder sie richten sich nach eingespielten Abläufen. Ein differenziertes Feedback durch die Lehrperson findet kaum statt. In wenigen Klassen, in denen die Assistenz für ein Kind zuständig ist, wurde eine intensivere Zusammenarbeit etabliert.

Assistenzen übernehmen auch professionell Herausforderndes

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Assistenzen im Unterricht vielfältig tätig sind. Es gelingt ihnen, die Lehrpersonen zu entlasten. Übergreifend zeigt sich jedoch,



dass sie als nicht professionell Ausgebildete auch in professionell herausfordernden Situationen eingesetzt werden. Tätigkeiten, die professionelles Handeln erfordern, beispielsweise neben der Lernbegleitung auch der Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten, sollen nicht an Assistenzen delegiert werden. Darauf wird auch in vielen Konzepten von Kantonen und Gemeinden hingewiesen. Der Blick in die Praxis zeigt, dass diese Vorgabe oft nicht eingelöst werden kann. Dies ist nicht primär den Lehrpersonen und den Assistenzen anzulasten. Unterricht ist und bleibt komplex. Eine Unterscheidung zwischen pädagogischen und nicht pädagogischen Aufgaben ist nicht möglich, obwohl diese Trennung teilweise in der Definition von Aufgaben einer Assistenz vorgeschlagen wird.

Für Problematiken sensibilisiert sein und verstärkt anleiten

Welche Empfehlungen ergeben sich aus den Befunden für den Einsatz der Assistenzen? Auf Ebene der Schulen ist primär zu prüfen, ob eine Assistenz für die jeweilige Situation eine zielführende Lösung ist. Schulleitungen und Lehrpersonen sollten über die aufgeführten Problematiken informiert sein und wissen, wie diesen begegnet werden kann. Der Unterricht kann so organisiert werden, dass die Assistenz der Lehrperson Freiraum schafft, indem sie Kinder betreut, die ihre Arbeit mehr oder weniger selbstständig ausführen können. So hat die Lehrperson Zeit, sich um Situationen zu kümmern, die professionelles Wissen bedingen. In der Arbeit mit einzelnen Lernenden soll darauf geachtet werden, dass diese auch in Lerninteraktionen mit der Lehrperson und mit Peers eingebunden werden sowie Freiräume erhalten. Die Assistenz könnte auch zeitweise mit den starken Schülerinnen und Schülern arbeiten. Die Anleitung, wie gewisse Tätigkeiten ausgeführt werden sollen, sowie das Feedback an die Assistenzen sollten intensiviert werden.

Bea Zumwald, Franziska Vogt, Annette Koechlin und Annina Truniger, Projektteam KoPrAss

Alle Kinder sollen in der Schule essen

Tages-Anzeiger 15.4.2021, Ev Manz und Corsin Zander

Leutenegger prescht vor • Der Stadtrat will Tagesschulen nach dem Pilotprojekt flächendeckend einführen. Das begrüsst eine Mehrheit der Parteien. Gegen die konkrete Umsetzung gibt es aber breiten Widerstand.

Was seit sechs Jahren an diversen Schulen in der Stadt Zürich getestet wird, soll bald die Norm werden: Stadtrat und Schulpflege wollen ab dem Schuljahr 2023/24 alle Schulen in freiwillige Tagesschulen überführen. Das hat der Stadtrat an seiner Sitzung am Mittwoch beschlossen, wie er mitteilt. Nächstes Jahr soll das Volk definitiv über die Einführung befinden.

Weil nicht alle Schulbauten schon auf Tagesschulen ausgerichtet sind, wird schrittweise auf das neue Regime umgestellt. 2023 folgen die ersten 5 von über 80 verbleibenden Schulen, an denen die Tagesschule bis 2031 eingeführt werden soll.

Die Einführung dürfte nach dem für die Stadt Zürich definierten Modell erfolgen. Dieses berücksichtigt Erkenntnisse aus den Evaluationen und bisherige Erfahrungen der Pilot-schulen. Neu sollen offene und unentgeltliche Betreuungsangebote bis 15.30 Uhr hinzukommen.

Mittagessen wird teurer

Um die grossen Zusatzkosten für die Tagesschule zu begrenzen, werde der Einheitstarif angepasst, teilt die Stadt mit. Für Familien mit tiefer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit beträgt der Mindesttarif 4.50 Franken, der Maximaltarif für die gebundenen Mittagessen wird



von 6 auf 9 Franken erhöht. Dabei entfallen 7 Franken auf das Essen und 2 Franken auf die Infrastrukturnutzung.

An den zusätzlichen Kosten für die Mittagessen stört sich die SP, wie sie in einer Mitteilung schreibt. Die Volksschule müsse kostenlos sein. «Dafür werden wir uns im Gemeinderat einsetzen», wird Gemeinderätin Ursula Näf zitiert. Ausserdem fordert die SP eine Betreuung aller Kinder bis 16 Uhr.

«Wir haben uns an den effektiven Kosten für das Mittagessen orientiert», sagt der zuständige Stadtrat Filippo Leutenegger. Die gesamten Betreuungskosten trage die Stadt schon heute. Im neuen System würden die Mittagessen die Stadt ab dem Schuljahr 2030/31 jährlich rund 75 Millionen Franken mehr kosten. Unterstützt wird Leutenegger von seiner Partei. Die FDP zeigt sich zufrieden mit dem Plan und schreibt, die Schule müsse als Bildungsinstitution unentgeltlich sein, «die Kosten für die Verpflegung sollen aber teilweise von den Eltern übernommen werden». Die «Gratis-Mentalität von Links-Grün» lehne die Partei ab.

Rückhalt in der Bevölkerung

Das Pilotprojekt «Tagesschule 2025» wird in Zürich seit sechs Jahren erfolgreich erprobt. 2016 startete die Stadt in einer ersten Phase mit sechs Schulen. Nachdem sich in einer Volksabstimmung im Juni 2018 eine grosse Mehrheit (77,3 Prozent Ja-Stimmen) für eine zweite Phase des Projekts ausgesprochen hat, werden seit 2019 und bis Ende 2022 weitere 24 Pilotschulen in eine Tagesschule überführt.

In der Tagesschule bleiben die Schülerinnen und Schüler ab dem zweiten Kindergartenjahr an Tagen mit Nachmittagsunterricht über Mittag in der Schule. Während der 80-minütigen Mittagspause erhalten sie eine warme, ausgewogene Mahlzeit, die je nach lokalen Gegebenheiten gestaffelt eingenommen werden kann. Diese Zeit könne an fast allen Schulen eingehalten oder aus betrieblichen Gründen bis zu 90 Minuten verlängert werden, sagt Leutenegger: «Widerstand dagegen gibt es kaum.» Dies zeigten Evaluationen der Pilotphasen.

Anders klingt es im Gemeinderat, wo es sowohl rechts als auch links kritische Stimmen gibt. «Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Tagesschule, aber sie muss freiwillig bleiben», sagt SVP-Gemeinderat Stefan Urech. Sei die Zeit für die Verpflegung zu kurz, zwingt man die Kinder, über Mittag in der Tagesschule zu bleiben. Dazu gibt es auch Widerstand einzelner Eltern, die kürzlich eine Petition lanciert haben.

5 Betreuende für 60 Kinder

Walter Angst von der AL weist auf die Qualität der Betreuung hin. Einerseits seien 80 Minuten sehr kurz, andererseits müsse auch sichergestellt werden, dass die Kinder wirklich betreut und über Mittag nicht abgefertigt werden. Momentan rechne der Stadtrat mit 5 Personen pro 60 Kinder. Dies sei sehr knapp.

Ausserdem fordert Angst, dass die Betreuungspersonen nicht einfach nur Aufsicht halten, sondern die Kinder auch fachlich betreuen, mit ihnen etwa Hausaufgaben machen. «Dafür muss das Personal entsprechend ausgebildet sein», sagt Angst.

Ähnlich klingt es bei den Grünen: «Für die Chancengerechtigkeit ist ein guter Betreuungsschlüssel wichtig», schreiben sie in einer Mitteilung. Weiter stellen sie räumliche Anforderungen an die Tagesschulen. Kinder sollten die Möglichkeit erhalten, sich zurückziehen zu können. «Kinder haben unterschiedliche Bedürfnisse, und manche brauchen zwischendurch Momente der Ruhe», schreiben die Grünen.

Die Weisung des Stadtrats über die flächendeckende Einführung der Tagesschule wird nun noch in der gemeinderätlichen Kommission und dann im Parlament diskutiert. Es ist durchaus denkbar, dass da noch Anpassungen zum Plan des Stadtrats vorgenommen werden.



Keine gekürzte Mittagspause an Zürcher Schulen

Petition an den Zürcher Gemeinde- und Stadtrat, Stéphanie und Enrico von Walterskirchen

Bei der Volksabstimmung vom 10. Juni 2018 sagten 77.3 Prozent der Zürcherinnen und Zürcher Ja zur Tagesschule 2025. Auf www.stadt-zuerich.ch heisst es: "Die Stadtzürcher Schulen sollen künftig flächendeckend als freiwillige, gebundene Tagesschulen geführt werden."

Diese Petition will, dass die Freiwilligkeit bei der praktischen Umsetzung gewährleistet ist. Denn das wurde mit der Abstimmung ja beschlossen: Dass die Tagesschule freiwillig ist. Die einen werden das Angebot Tagesschule nutzen. Andere werden das nicht tun.

Warum könnte die Freiwilligkeit denn nicht gewährleistet sein?

Wenn man z.B. die Mittagspause kürzt - in einem Masse, dass der Mittagstisch zu Hause praktisch nicht durchführbar ist.

Genau das geschieht an den Pilotprojekten:

An der Schule Ilgen z.B. wird die Mittagspause von 110 Minuten auf 80 Minuten gekürzt werden. Das sind sage und schreibe 27%.

Man stelle sich mal vor, wenn der Lohn um 27% gekürzt wird, der Liter Milch 27% weniger enthält oder ein AKW 27% weniger sicher ist. Eine derart verkürzte Mittagspause ist für den Mittagstisch zu Hause nicht praktikabel. Es ist schlicht zu wenig Zeit.

Damit ist die Gleichwertigkeit der Wahlmöglichkeiten - Tagesschule nutzen oder nicht nutzen - nicht gegeben; und damit auch nicht die vereinbarte Freiwilligkeit. Aber genau diese Freiwilligkeit wurde an der Volksabstimmung eben auch beschlossen.

Deshalb: Keine gekürzte Mittagspause an den Zürcher Schulen.

Begründung

Per Volksabstimmung wurde entschieden, dass die Tagesschule ein Angebot der Stadt Zürich ist, das man nutzen kann oder nicht. Deshalb ist ja von der freiwilligen Tagesschule die Rede.

Wie sich zeigt, hat die Stadt Zürich bei der Umsetzung mehr die Tagesschule im Auge als diejenigen, welche das Angebot der Tagesschule nicht nutzen wollen. Das massive Kürzen der Mittagspause ist leider ein deutlicher Beweis dafür.

Diese Petition will, dass die Freiwilligkeit bei der praktischen Umsetzung auch ganz sicher gewährleistet ist. Denn, wie gesagt, das wurde mit der Abstimmung eben auch beschlossen: Dass die Tagesschule freiwillig ist. Also müssen die Rahmenbedingen für alle Betreuungsmodelle passen: Keine gekürzte Mittagspause an den Zürcher Schulen.

[Petition unterschreiben](#)



Mehr Zeit und doch mehr Stress

Tages-Anzeiger 14.4.2021, Zürich, Anielle Peterhans

Berufswahl • Neu werden Lehrstellen schon im Frühling ausgeschrieben. Doch dann stecken die 2.-Sek-Schüler noch mitten in der Berufswahl. Das sorgt für Kritik vonseiten der Lehrer, aber auch der Eltern.

Name des Schnupperbetriebs, Datum, Telefonnummer. Auf der Liste für die anstehende Schnupperwoche in Daniel Kachels Sek-B-Klasse sind noch Zeilen leer. Die 18 Schülerinnen und Schüler an der Schule Bassersdorf sind mitten in der Berufswahl. Einen oder zwei Berufe sollen sie erkunden. «Wer noch nicht alle fünf Schnuppertage eingetragen hat, soll gleich zum Hörer greifen», sagt der Lehrer zur Klasse. Und das tun einige.

Die vierzehnjährige Joyce etwa. Sie kann drei Tage in die Landi als Detailhandelsangestellte. «Ich würde eigentlich gerne Tierpflegerin werden», sagt sie. Da kann sie aber erst im Sommer schnuppern. Doch sie möchte auch in der Schnupperwoche in ein Tierheim.

Lehrstellen bis zu zwei Jahre vorher publiziert

Die anderen Jugendlichen sollen ihr «Berufswahltagbuch» weiterführen. Das Lehrmittel ist Bestandteil des neuen Fachs Berufliche Orientierung im Lehrplan 21. Die Schnupperlehren im zweiten Jahr an der Oberstufe dienen dazu, herauszufinden, was einem gefällt, und noch nicht der Bewerbung auf eine Lehrstelle. Doch nun gerät dieser Zeitplan ins Wanken.

Die Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (SBBK) erlaubt seit diesem Frühjahr, dass die offenen Lehrstellen auf der staatlichen Lehrstellenplattform Lena bereits am 1. April statt am 1. August kommuniziert werden.

Damit sind Lehrstellen für den Sommer 2022 schon aufgeschaltet. Die Berufsbildungsämter erkennen zwar abgeschlossene Lehrverträge erst ab dem 1. November an, «Vorverträge» werden aber früher abgeschlossen. «Für Schülerinnen und Schüler ist dieser Entscheid fatal», sagt Daniel Kachel. Als Präsident der Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich weiss er, dass auch andere Oberstufenlehrpersonen so denken. Damit steige der Druck auf die Jugendlichen, sich während des Schnupperns schon eine Lehrstelle zu sichern.

Mit dem Entscheid folgt die SBBK den privaten Lehrstellenportalen der Yousty und Gateway. Dort könnten Lehrbetriebe seit mehreren Jahren dafür bezahlen, dass ihre Lehrstellen bis zu zwei Jahre vor Lehrbeginn publiziert werden, sagt Kachel.

Wirtschaftliche Interessen vor Entwicklung der Jungen

Einige Schülerinnen und Schüler im Klassenzimmer haben schon Erfahrung im Schnuppern, doch von einer klaren beruflichen Vorstellung sind sie weit entfernt. Der vierzehnjährige Kayne geht als Automechaniker schnuppern. «Das war immer mein Traumberuf», sagt er. Als er aber kürzlich einem Schreiner über die Schultern geschaut habe, gefiel ihm das auch gut.

Sein Sitznachbar, Dion, hat eine Schnupperstelle als Automobilfachmann gefunden. Sein Bruder habe ihn auf die Idee gebracht. «Wir reden viel über Autos», sagt der Vierzehnjährige. Es sei aber nicht sein Wunschberuf - eher das KV. «Aber da braucht man echt gute Noten», sagt der Sek-B-Schüler.

Die fünfzehnjährige Brigitte geht das erste Mal schnuppern - als Bäckerin und als Detailhandelsangestellte. «Im Detailhandel gibts mehr Menschenkontakt. Das wird sicher cooler», sagt sie.

In dieser Zeit geschieht viel in der Entwicklung junger Menschen. «Die Jugendlichen



werden immer jünger zu einem Berufsentscheid gedrängt», sagt Daniel Kachel. Oft hätten Jugendliche falsche Vorstellungen von ihrem Wunschberuf. Werde eine Entscheidung zu früh gefällt, erhöhe dies das Risiko eines Lehrabbruchs. Das sei für den Lehrbetrieb, die Lernenden und die Eltern ein Frust.

Die Verschiebung der öffentlichen Ausschreibung entspricht auch nicht dem Berufswahl-fahrplan, auf den sich im Zuge des Lehrplans 21 alle geeinigt haben. Kachel sagt: Lehrstellen früher zu publizieren, orientiere sich an rein wirtschaftlichen Kriterien und nicht an der Entwicklung der Jugendlichen.

Kachels Hauptkritik gilt den privaten Stellenplattformen. «Es sind vor allem Banken und Versicherungen, welche die vermeintlich besten Schüler früh rekrutieren wollen», sagt der Lehrer. Und dafür seien sie bereit, zu zahlen. Für private Plattformen wie Yousty sei das ein lukratives Geschäft. Die staatliche Plattform sei jetzt in Zugzwang geraten. «Man hatte Angst, dass die Stellenausschreibungen immer mehr zu den privaten, zahlungspflichtigen Stellenportalen abwandern, wenn man eine verfrühte Publikation nicht auch zulässt», sagt Kachel.

Domenica Mauch, Geschäftsführerin von Yousty, weist diese Kritik zurück. «Wir werden in dieser Diskussion oft als Sündenbock dargestellt. Wir wurden von der SBBK allerdings nicht in den Entscheid einbezogen», sagt Mauch. Die Lehrstellenausschreibung sei auch auf Yousty kostenlos. Nur wer ein «Premium-Profil» haben möchte, müsse zahlen. Betriebe könnten ab 870 Franken im Jahr die Verfügbarkeit der Lehrstelle selbst verwalten und die Lehre online attraktiver und jugendgerechter anpreisen, sagt Mauch.

Yousty habe positive Erfahrungen mit der vorzeitigen Publikation von Lehrstellen gemacht: «Firmen können die Jugendlichen frühzeitig wissen lassen, dass sie Lehrstellen im gewünschten Zeitraum anbieten. So können Schülerinnen und Schüler gezielter schnup-pern», sagt Mauch. Hinzu komme: Über 98 Prozent der Lehrbetriebe auf Yousty.ch zeigten zwar die Verfügbarkeit der Lehrstellen für das Folgejahr an, ermöglichen aber die Online-Bewerbung frühestens ab Sommer - also ein Jahr vor Lehrbeginn, sagt Mauch.

Auch Yousty wolle nicht, dass die Schülerinnen und Schüler unter Druck kämen. «Wir sind daher auch im Austausch mit dem Dachverband Lehrerinnen und Lehrer», sagt Mauch.

Lehrstellenmarkt habe sich verändert

Für Gabriela Kohler, Präsidentin der Zürcher Elternmitwirkungs-Organisation, schadet die Vorverlegung vor allem den Familien. «Eltern, die ihr Kind unterstützen wollen, geraten immer mehr unter Druck.» Viele Eltern wüssten gar nicht recht, wie ein Bewerbungsdossier heute aussehe. Sie seien auf Hilfe von aussen, wie etwa Elternabende im Berufsbildungszentrum, angewiesen. «Doch die haben im April gar noch nicht stattgefunden», sagt Kohler.

Für Familien sei die Phase der Berufswahl eine schwierige Zeit. «Und wenn Jugendliche Vorverträge immer früher unterschreiben, schwindet die Motivation für die Schule», sagt Kohler. Eltern müssten sie zusätzlich motivieren.

Das Zürcher Amt für Jugend und Berufsberatung äussert sich nur zurückhaltend zur Neuerung, bestätigt aber den Druck aus der Privatwirtschaft. Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt habe sich verändert, sagt die Leiterin des Fachbereichs Berufsberatung, Christine Viljeur. Das habe mit Angebot und Nachfrage zu tun. Früher habe es wenige Lehrstellen und viele Schülerinnen und Schüler gegeben. Heute habe es deutlich mehr Lehrstellen. «Betriebe beginnen früher zu rekrutieren, um die guten Schüler für den Ausbildungsplatz zu gewinnen.»

Viljeur verteidigt den Schritt der Bildungsämter. Da nun alle Lehrbetriebe ihre Lehrstellen früher aufschalten können, ohne dafür zu zahlen, hätten die Bildungsämter mehr



Chancengleichheit für die Lehrbetriebe geschaffen.

Doch das dürfe nicht «auf dem Buckel der Jugendlichen» passieren. Die Lehrstellen früher auszuschreiben, bleibe freiwillig, sagt Viljeur. Am Berufswahlfahrplan werde sich nichts ändern, und Lehrverträge würden weiterhin erst ab Herbst vergeben, sagt Viljeur. Dieses Jahr sei ein Übergangsjahr. «Wir beobachten die Konsequenzen der vorgezogenen Ausschreibung und ziehen dann unsere Schlüsse.»

Zurück im Klassenzimmer. Die Liste für die Schnupperwoche füllt sich. Joyce hat gerade mit einem Tierheim telefoniert, dort als Tierpflegerin zu schnuppern. «Hat nicht geklappt, zu kurzfristig», sagt sie enttäuscht zum Klassenlehrer. Er nimmt ihr den Druck. «Du hast noch genügend Zeit. Wir werden schon noch eine Lösung für dich finden.»

Unsinnig frühe Selektion

Tages-Anzeiger, 20.4.2021, Debatte, Leserbriefe

Berufsbildung • Mehr Zeit und noch mehr Stress, TA vom 14.4.

Noch früher Lehrstellen auszuschreiben und noch früher Schüler für den richtigen Beruf zu selektionieren, bringt allen nur Nachteile. Als langjähriger Berufsbildner für Physiklaborantinnen und Physiklaboranten sowie ehemaliger Präsident dieser schweizerischen Berufsbildnervereinigung spreche ich aus Erfahrung. Was erfährt der Lehrbetrieb von einer 14-Jährigen über ihre Fähigkeiten, bei technischen Berufen, also über Mathematik, naturwissenschaftliche Fächer und Sprache? Wenig bis nichts - schon gar nicht aus dem Zeugnis. Und was weiss der 14-Jährige über seine realistischen Berufswünsche? Wenig bis nichts - weil das noch zu weit weg ist. Nicht die Ausschreibung sollte noch früher erfolgen, sondern die Abschlüsse von Lehrverträgen sollte nach hinten verschoben werden. Der informelle 1. November wurde übrigens zu einer Zeit festgelegt, als die Lehre noch im Frühjahr begann. Es genügte vollauf, Lehrverträge erst im Frühjahr abzuschliessen und zu genehmigen, zum Beispiel nach den Gymi-Aufnahmeprüfungen. Die Bewerberinnen wären sicherer in ihrer Berufswahl, und die Berufsbildner würden von fast 16-jährigen Bewerbern mehr erfahren. Also: Schluss mit der unsinnig frühen Lehrlingsselektion.

Peter Anderegg, Dübendorf

So soll die Matura ab 2023 aussehen

NZZ 17.4.2021, Schweiz, Larissa Rhy

Mehr Grundlagenfächer, zweijährige Vertiefungen und zusätzliche Abschlussprüfungen – Rektoren und Lehrer sind skeptisch

Philosophie, Informatik, Wirtschaft und Recht sowie Sport und Religion könnten an den Schweizer Gymnasien zu neuen Grundlagenfächern werden. Die Abschlussprüfungen würden stärker gewichtet, und für die Sprachen gäbe es weniger Platz. Viele der Änderungen, welche die Schweizer Matura ab 2023 durchlaufen soll, haben es in sich. Zum Reformprojekt, das eine Expertengruppe in den letzten Monaten ausgearbeitet hat, sollen nun ausgewählte Bildungsgremien Stellung nehmen.

Letztmals wurde die gymnasiale Matura vor 25 Jahren reformiert. Damals hatten viele



Haushalte noch keinen Computer. Informatikunterricht brauchte es nicht, soziale Netzwerke gab es nicht, und Quellen fand man fast ausschliesslich in der Bibliothek. In der Zwischenzeit haben die Kantone und die einzelnen Gymnasien zwar vieles angepasst, doch die Grundstruktur der Matura blieb ein Vierteljahrhundert unverändert.

Nun scheint es wieder Zeit für eine tiefgreifende Veränderung zu sein. Zumal sich die Lehrpläne der Grundschule mit dem Lehrplan 21 stark gewandelt haben. Doch die Reformvorschläge für die Gymnasien gehen weit, angesichts dessen, dass Bildung in der Schweiz kantonal geregelt ist. Matthias Angst, Rektor der Kantonsschule Wohlen im Kanton Aargau, sagt: «Mich überrascht, wie gross die Veränderungen sind, die bundesweit umgesetzt werden sollen.»

Klar ist bereits, dass das Gymnasium künftig in der ganzen Schweiz mindestens vier Jahre dauern soll. Die Experten schlagen vor, dass diese Zeit zweigeteilt wird. In den ersten zwei Jahren würden auf einer Basisstufe Grundkompetenzen erlernt, erst dann könnten sich die Schülerinnen und Schüler für eine oder zwei Vertiefungen und allenfalls weitere Wahlkurse entscheiden.

Angst begrüsst diese Idee, zumal der Kanton Aargau heute schon auf dieses Modell setzt: «Es orientiert sich auch an den Bildungssystemen anderer Länder.» Die letzten zwei Jahre ähnelten einem College, da sich die Schüler in einzelnen Fächern exemplarisch vertiefen können. Doch Angst sagt auch: «Es besteht die Gefahr, dass die Kantone dieses Projekt zerplücken.»

Überladene Stundenpläne?

Zürich gehört zu den Kantonen, die ihre Gymnasien wegen der Reform grundlegend umbauen müssten. Martin Zimmermann, Rektor der Kantonsschule Uetikon und Präsident der Schulleiterkonferenz des Kantons Zürich, ist entsprechend kritisch: «Die Idee einer Vertiefung ist sicher gut, aber diese Möglichkeit bieten viele Zürcher Gymnasien heute schon mittels Wahlkursjahren und Schwerpunktfächern an.» Letztere werden bereits beim Eintritt ins Gymnasium gewählt. Eine Verkürzung von vier auf zwei Jahre sei für ein Fach wie Spanisch problematisch.

Ähnlich argumentiert Lucius Hartmann, der Präsident des Vereins der Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer. Er sagt: «Heute belegt fast ein Drittel der Schüler ein sprachliches Schwerpunktfach. Eine Sprache in zwei Jahren richtig zu lernen, ist aber kaum möglich.»

Weil ein Maturand mit seinem Abschluss theoretisch alle Studiengänge wählen kann, ist das Schweizer Gymnasium heute breit ausgerichtet: Es gibt derzeit 13 Maturanoten, eine davon ist die Maturitätsarbeit. Nun sollen noch zusätzliche Grundlagenfächer definiert werden.

Die Experten machen dazu verschiedene Vorschläge, favorisieren aber folgenden: Neu sollen auch Informatik, Wirtschaft und Recht und Philosophie zu den Grundlagenfächern zählen. Es soll zudem keine Wahlmöglichkeit mehr geben zwischen Musik und Bildnerischem Gestalten – beide Fächer müssten von allen Schülern belegt werden. Zusätzlich könnten ausserdem Religion und Sport als Grundlagenfächer zählen. Etwas weniger Platz auf den Stundenplänen sollen im Gegenzug die Sprachen einnehmen.

Der Aargauer Rektor Angst kritisiert, diese Veränderung könnten die Gymnasien mit den heutigen Ressourcen kaum umsetzen: «Man hatte offensichtlich keinen Mut, ein Fach wegzulassen.» Stattdessen müssten die Stunden für einzelne Fächer wohl stark reduziert werden, so dass nur noch von einer «Schnellbleiche» gesprochen werden könne. Zimmermann sieht das ähnlich: «Die Stundentafeln werden einfach noch weiter überladen, ohne die Konsequenzen zu bedenken.» So kämen angesichts des zusätzlichen Stoffs



praktische Erfahrungen wie Projektwochen zu kurz.

Der Gymnasiallehrerverein hält zusätzliche Fächer hingegen für sinnvoll. Hartmann sagt: «Die allgemeine Studierfähigkeit ist wichtig, und viele der genannten Fächer sind ohnehin schon auf den Stundenplänen.» Die Gymnasien müssten jedoch selbst entscheiden können, wann sie was unterrichteten. Fünfzehn oder mehr Fächer in die ersten zwei Jahre zu quetschen, sei ungünstig – auch inhaltlich: «Eine 14-Jährige kann zwar Programmieren lernen, aber wir können von ihr noch keine vertiefte Auseinandersetzung mit einem Text von Kant erwarten.»

Auch das Reizthema Noten wird von den Experten aufgenommen. Zur Debatte stehen mehr Abschlussprüfungen und eine stärkere Gewichtung der Prüfungen im Vergleich zur Erfahrungsnote. Hartmann würde beides begrüssen: «Heute schalten einige Schüler ab, wenn sie wissen, dass sie in einem Fach aufgrund der Erfahrungsnote kaum durchfallen können.» Zudem wäre es aus seiner Sicht wünschenswert, wenn alle vier Lernbereiche – sprich Sprachen, Mint (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), Geistes- und Sozialwissenschaften und Kunst – geprüft würden.

Durch diese Schritte würden die Hürden am Ende der vier Jahre Gymnasium deutlich höher. Auch dieser Punkt dürfte in der Vernehmlassung zu Diskussionen führen. Die Gegner einer Verschärfung, zu denen die beiden Rektoren Zimmermann und Angst zählen, argumentieren, dass die Schlussprüfungen nicht nur der Selektion dienen sollten. Wollte man die Bestehensnormen vereinheitlichen, müsse man bei den Aufnahmebedingungen, der Probezeit oder den Zeugnissen ansetzen.

Bloss ältere Experten

Im Reformprozess sind viele verschiedene Akteure involviert, von den Lehrpersonen über die Rektoren bis zu den Kantonen. Doch das Expertengremium, das die Vorschläge vorgelegt hat, ist deutlich weniger divers. Zimmermann sagt, es sei gut, dass ältere und erfahrene Menschen an der Reform beteiligt seien. «Aber ich frage mich schon, ob es sinnvoll ist, dass eine Gruppe, die fast nur aus emeritierten Rektoren besteht, das Gymnasium der Zukunft entwirft.» Dass keine jüngeren Experten involviert waren, spiegelt sich im Bericht. Es sind fast nur Quellen aufgeführt, die vor 2007 verfasst wurden.

Kaum thematisiert wird der Einfluss der Digitalisierung auf den Unterricht. Dabei sagte der Co-Projektleiter der Reform, Daniel Siegenthaler, gegenüber der NZZ: «Die gesellschaftlichen Herausforderungen, die uns in den nächsten 10 bis 20 Jahren beschäftigen, sollten im Unterricht stärker berücksichtigt werden.» Hartmann, der bereits Einblick in weitere Dokumente der Expertengruppe hatte, relativiert jedoch: «Reformiert werden auch die Rahmenlehrpläne, und darin spielen die Digitalisierung und Themen wie politische Bildung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung eine zentrale Rolle.»

Vorerst nicht zu den Plänen äussern wollen sich die Organisation Swissuniversities und die Schweizerische Mittelschulämterkonferenz, welche die Perspektive der Kantone einbringt. Beide verweisen darauf, dass die interne Konsultation erst begonnen habe. Nach Abschluss dieser ersten Phase werden die Vorschläge überarbeitet und in eine breitere Vernehmlassung geschickt.

Bisher haben die Kantone grosse Freiheiten genossen bei der Ausgestaltung der Matura. Eine Folge davon: Die Maturitätsquote unterscheidet sich von Kanton zu Kanton enorm. In Genf, Tessin und der Waadt hat rund jeder dritte Jugendliche eine gymnasiale Matura, in Kantonen wie Schaffhausen, Thurgau oder St. Gallen sind es nur rund 14 Prozent.



Für einen Ausbau der höheren Berufsbildung

NZZ 16.4.2021, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Daniel Fleischmann

Upskilling – das Wort hat Konjunktur. Es bildet ein gern genutztes Argument für Wünsche aller Art. Jüngst machte Andreas Pfister, Deutschlehrer und Bildungsjournalist, in einem NZZ-Gastkommentar davon Gebrauch (22.3.21). Er begründete damit seine Forderung, die Quote der gymnasialen Maturitäten bis 2030 auf 30 Prozent zu steigern. Ebenso solle die Berufsmaturität «flächendeckend eingeführt werden und 50 Prozent betragen, die Fachmaturität 10 Prozent». Die Digitalisierung verlange ein Upskilling, das Gebot der Stunde laute, sich höher zu qualifizieren.

Kein Zweifel: Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Sie bringt Berufe zum Verschwinden oder dequalifiziert sie, sie führt aber auch zu Kompetenzerweiterungen oder neuen Berufen. Das zwingt die Beschäftigten in nahezu allen Berufen, digitale und überfachliche Kompetenzen zu erwerben und zu ergänzen. Aber dafür ist keine Erhöhung der Maturitätsquoten nötig. Sie würde, allein schon dies, nach Massgabe Pfisters enorme Kosten verursachen und wäre nur über eine Senkung der Leistungsniveaus zu erreichen.

Vor allem aber: Höherqualifizierung heisst nicht einfach Akademisierung, wie Pfister meint. Es gibt auch die höhere Berufsbildung (Tertiär B), die keine Maturität verlangt. Rund ein Viertel der tertiären Abschlüsse in der Schweiz geht auf ihr Konto. Ebenso findet Upskilling auch im Rahmen nonformaler oder informeller Weiterbildungen statt, die, obwohl von immenser Bedeutung, bildungspolitisch im Schatten des Schweizer Bildungssystems stehen.

Das Gebot der Stunde ist es, diese beiden Wege zu stärken, anstatt sie mit erhöhten Akademikerquoten zu gefährden. Die Teilnahme an der höheren Berufsbildung stagniert seit Jahren. Der Bund hat ein Projekt in diesem Bereich lanciert. Es sorgt hoffentlich für gleich lange Spiesse zwischen höheren Fachschulen (HF) und Fachhochschulen. Zwei von vielen Problemen: Titel, die im Ausland niemand kennt, und die fehlende Anerkennung der Schulen durch den Bund (anerkannt werden immer nur Bildungsgänge).

Die von Fachkräftemangel betroffenen Branchen brauchen primär Fachkräfte, keine Akademiker. Bei Swissem sieht man höchstens einen moderat gewachsenen Bedarf nach universitär gebildeten Personen. Den technischen Rückhalt der MEM-Industrie bilden Technikerinnen HF und Ingenieure (insbesondere FH). Ein Mangel herrsche in beiden Bereichen, sagt Sonja Studer, die Bereichsleiterin Bildung. Und im Produktionsumfeld bleibe die Berufsbildung der wichtigste Weg, um Fachkräfte zu gewinnen.

Beim Autogewerbeverband sind die Auskünfte ähnlich. Eine Erhöhung der Anforderungen stelle man auf keiner Stufe der vom AGVS betreuten technischen Bildungsgänge fest, sagt der Geschäftsleiter Olivier Maeder, dafür brauche man nicht mehr Maturanden. Und Serge Chobaz vom Zentrum für Berufsentwicklung des Hochschulinstituts für Berufsbildung sagt, man sehe keinen Anstieg der Anforderungen in den analysierten Tätigkeitsfeldern. Die Berufe würden – von einzelnen Ausnahmen vielleicht abgesehen – nicht anspruchsvoller. Die Anforderungen veränderten sich einfach, und die Ausbildungsqualität steige.

In Deutschland liegt die Quote der Abiturienten seit etwa zehn Jahren bei über 50 Prozent. Mit unerfreulichen Folgen: 2019 besaßen 30 Prozent der Lehrbeginner eine Studienberechtigung. In Deutschland ist man froh, dass diese Zahlen wieder sinken. Und beginnt, den Begriff der «höheren Berufsbildung» zu nutzen. 2018 tauchte er im Koalitionsvertrag von SPD und CDU auf, nun gibt man der Bildungsstufe im Zuge der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes immer deutlicher neue Gestalt.

Daniel Fleischmann ist Redaktor von «Transfer. Berufsbildung in Forschung und Praxis».



Der Kanton Zürich will Gymnasien entlasten

Tages-Anzeiger 20.4.2021, Zürich

Mehr Sek-II-Schüler in Zürich • Weil die Zahl der Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe II zunehmen wird, will der Bildungsrat das Angebot der nicht-gymnasialen Mittelschulen ausbauen.

Der Zürcher Bildungsrat rechnet in den nächsten 15 Jahren mit einem Viertel mehr Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe II, wie er am Dienstag mitteilte. Um den quantitativen Druck auf die Gymnasien und die Berufsbildung zu verringern, sollen darum nicht-gymnasiale Angebote gestärkt werden. Nur drei Prozent der 17-Jährigen besuchen heute eine nicht-gymnasiale Mittelschule.

Laut dem Bericht «Entwicklung der nichtgymnasialen Mittelschulen im Kanton Zürich» sollen Fach- (FMS), Handels- (HMS) und Informatikmittelschule (IMS) etwa auf zusätzliche Standorte ausgebaut werden. Dazu sollen fremdsprachige Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die in diesen Schulen untervertreten sind, gezielt angesprochen werden. Bei der IMS gilt dasselbe für junge Frauen.

Die FMS, HMS und IMS sollen ausserdem explizit und permanent in die künftige Schulraumplanung miteinbezogen werden.

Profile an der Kanti Rychenberg gestrichen

Eine Knacknuss stellten laut Bericht die Profile Musik und Theater der FMS an der Kantonsschule Rychenberg Winterthur (KRW) dar: Diese sind aufwändig in der Gestaltung und werden von nur zehn Jugendlichen pro Jahrgang besucht. Dazu ist die Anschlussfähigkeit an tertiäre Ausbildungen tiefer als bei anderen Profilen.

Der Bildungsrat hat darum entschieden, die Profile Musik und Theater an der KRW auf das Schuljahr 2023/2024 einzustellen. Die Förderung in Musik und Theater müsste früher und konzentrierter erfolgen, heisst es im Beschluss dazu. Laut Entwicklungsbericht sollen entsprechende Angebote auf der Sekundarstufe II geprüft werden.

SDA